

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. Mai 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Anst.-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 48

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird hiermit zu einer Verhandlung zusammenberufen, und zwar für den

14. Mai und folgende Tage

Die Verhandlungen finden statt in den „Kammersälen“, Teltower Straße 1—4 (Weißer Saal, eine Treppe) und beginnen an allen Tagen vormittags 9 Uhr.

Zur Verhandlung sind eingeladen die Mitglieder des Tarifausschusses, die hierzu berufenen Vertreter der Prinzipals- und Gehilfenorganisationen, die Mitglieder des Tarifamts und die Redakteure der amtlichen Organe der Tarifgemeinschaft.

Auf der Tagesordnung stehen die folgenden Veranlassungsgegenstände:

1. Die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft, verbunden mit Forderung neuer Teuerungszulagen.
2. Veränderung in den Lokalaufschlägen.
3. Feriengewährung noch in diesem Sommer.
4. Verkürzung der Arbeitszeit.
5. Abschaffung von Nacharbeit oder Verlegung der Nacharbeit in andre Stunden.
6. Unterbringung der Arbeitslosen.
7. Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung.
8. Aussprache über die Gefälligmachung des Deutschen Buchdrucker tariffs.

Berlin, 26. April 1919.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rud. Willein, Vorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Ergebnis der Statistik vom 31. Dezember 1918.

	31. Dez. 1918	30. Sept. 1918
Summ Seereserve einberufen	62022	61751
Davon verbleibend	30337	30188
Aus dem Militärdienst entlassen oder beurlaubt	31763	12297
Gefallen resp. an Verwundung gestorben	7695	7423

Zahl der von der Statistik erfassten Mitglieder (ohne die zum Seereserve einberufenen)	31. Dez. 1918	30. Sept. 1918
	50342	30273
Vollbeschäftigt waren	41102	27886
In andern Berufen tätig	1564	1130
Arbeitslos waren	6357*	29**
Krank gemeldet waren	1238	1224

Arbeitslosenunterstützung erhielten	5755	20
-------------------------------------	------	----

Mitgliederstand Ende des II. Quartals 1914	70452	Mitgl.
Neu- und Wiederaufnahmen	14849	"
	85301	Mitgl.

Abgang durch Austritt, Ausschluss Invalidität oder Tod	4700	"
Nachweis fehlt von	"	"
Summ Militär einberufen (nach Abzug der Wiedereintretenden)	30259	34959
Mitgliederstand am 31. Dez. 1918	50342	Mitgl.

Unterstützungen wurden gezahlt in der Zeit vom 2. August 1914 bis 31. Dezember 1918:

Arbeitslosenunterstützung:	
aus der Verbandskasse	2904167,10 Mk.
aus den Gaukassen	824313,30
Summa	3728480,40 Mk.

Unterstützung aus allen Unterstützungsstellen (ohne Familienunterstützung):	
aus der Verbandskasse	7800154,70 Mk.
aus den Gaukassen	2790965,54
	10591120,24 Mk.

Familienunterstützung:	
aus den Gaukassen	2024203,90 Mk.
aus örtlichen Kassen	1449673,96
	3473877,86 Mk.
Summa	14064998,10 Mk.

* und 31, die verkürzt arbeiten.
** und 4, die verkürzte Arbeitszeit hatten.

Die Schmutzkonzurrenz als Hemmschuh unserer Forderungen

Die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 gibt im § 2 dem Reichsarbeitsamt die Befugnis, Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen eines Berufskreises überwiegende Bedeutung erlangen haben, auf Antrag der Interessenten für allgemein verbindlich zu erklären und ihren Geltungsbereich auf das ganze Gewerbe zu erstrecken.

Diese Verordnung bezieht sich aber nach Ausführungen des Berliner Rechtsanwalts Dr. Seltsch Friedemann in der Nummer 190 der „Vollständigen Zeitung“ vom 13. April dieses Jahres auch nach Verbindlichmachung nur auf den Arbeitsvertrag, der das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer regelt. Die Pflicht zur Einhaltung der Preis- und Lieferungsbedingungen ist jedoch kein Bestandteil des Arbeitsvertrags und gehört zu den Organisationspflichten der Tarifgenossen, auf die sich die Verbindlichmachung des Tarifs nicht bezieht.

Nach wie vor ist also der Schmutzkonzurrenz Tür und Tor geöffnet, und bei der im Mai stattfindenden Tarifabschlussprüfung kann dann wiederum die Prinzipalfakt das alte Argument gegen die berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft ins Vorderfeld rücken: die Schmutzkonzurrenz!

Ich will versuchen, ihr einmal diese alte Waffe aus der Hand zu schlagen. Hic Rhodus, hic saltus! Trotz der im allgemeinen vorzüglich funktionierenden Tarifgemeinschaft, trotz der strengen Organisation unfres Verbandes mit ihren hervorragenden Führern und trotz der vielen heterogenen technischen Vereinigungen, die zusammen genommen Großes für die künstlerische, technische und kommerzielle Hebung des Gewerbes geleistet haben, hat die Gehilfenchaft bei allen Erneuerungen des Tarifs nur erreicht, daß die in einem halben Jahrhundert teuer gewordene Lebenshaltung mit einer Erhöhung des Minimums teilweise ausgeglichen werden konnte (siehe die Salzwedder Statistik im „Korr.“). Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit kam deshalb nicht mehr vom Flecke, weil es für die Prinzipalfakt inopportun war, darüber zu verhandeln; ihre Schärfer wollten da grundsätzlich nicht mehr mitmachen.

Das bekannte Motto des Tarifs: Der Tarif ist der von Prinzipal und Gehilfen anerkannter Ausdruck dafür, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzulegen ist,

ist zur Farce geworden. Bei allen Tarifabschlussprüfungen wurde die Berechtigung der materiellen Forderungen der Gehilfen nicht bestritten, nur konnten sie vornehmlich seitens der mittleren und kleineren Druckereien nicht erfüllt werden, inwiefern kein Geld im Kassen war. Auch wurde geltend gemacht, daß ein größerer Aufschlag auf die Druckpreise nur bedingt durchführbar sei, allwieweil Druckarbeiten nicht zum täglichen Brote gehören. Was durchführbar ist, haben die in den letzten Jahren wiederholt erfolgten, nicht unerheblichen Aufschläge auf die Druckpreise wegen Preissteigerung des Papiers usw. eklamant bewiesen. Was ferner durchführbar ist, zeigt die Einführung der achtfünftigen Arbeitszeit, an der das Gewerbe jedenfalls nicht zugrunde gehen wird. Wenn das eiserne Müß hinter der Prinzipalfakt steht, geht es sonderbarer Weise. Aber auch nur dann! Warum kommt es unter ihnen nicht zur Einhaltung der ihrerseits festgelegten Preise für Druckarbeiten? Warum die fälligen Unterleistungen zum gegenseitigen Ruin? Kann denn ewig mit dem Preistarif Schindluder getrieben werden?

Was nützen alle Organisationsbeschlüsse, Ehrengerichte, alle summarische Tätigkeit der ehrlichen Prinzipale zur Hebung des Gewerbes, wenn der größte Teil das Faustrecht als der Abel kleinste betrachtet und Arbeiten für jeden Preis sucht und findet. Hier muß von Gehilfen Seite einmal gründlich angefeht werden. Diese Offensive gegen ein morsches System gründlich vorbereitet, ist halb gewonnen. Die Prinzipalfakt ist in 20 Jahren nicht Herr über die Schmutzkonzurrenz geworden; die Schmutzkonzurrenz, die innerhalb der tariffreien Druckereien ihr Unwesen treibt. Die Gehilfenchaft hat schon immer unterstützend zur Seite gestanden. Jetzt muß sie die befruchtende Initiative selbst in die Hand nehmen, soll die kommende Bewegung nicht auch wieder wegen leerer Kassen zu ihren Ungunsten auslaufen. Es muß eine grundlegende Änderung in der Kalkulationsmethode und der Preisregulierung eintreten.

Die vorstehende Vierteljahrstatistik unfres Verbandes leuchtet verblüffend noch ein abschließendes Bild zu geben, wie sich die Dinge gestaltet haben seit den Tagen des Kriegsausbruchs, da nach Beschluß der Generalkommission den bisher ausgenommenen zwanzig noch eine weitere Vierteljahrserhebung folgen soll.

Es fällt auf, daß Ende des Jahres 1918 sich noch 22564 Mitglieder beim Heere befanden, nachdem die Zahl der Gefallenen — leider 7695 — schon in Abzug gebracht ist. Man wird darunter hauptsächlich jüngere Jahrgänge vermuten können, die erst später zur Entlassung gekommen sind. Nicht wenige werden sich auch noch nicht zur Organisationsarbeit gemeldet haben. Ein anderer Teil wird zum Sicherheitsdienst übergegangen sein, und den Rest werden wir erst mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen erwarten können.

Nächst dem erregt die Zunahme der Arbeitslosigkeit unfre Aufmerksamkeit. Von 0,1 Proz. am Schlusse des dritten Quartals 1918 Anwaschen auf 12,8 Proz., das ist ein großer Sprung. Freilich stand das zu befürchten. Die im Jahre 1919 verschärften Bestimmungen für die Wiedereinstellung und für verkürzte Arbeiten werden den prozentualen Anteil wohl nicht gesteigert haben, die Listen sind aber immer noch erheblich. Unfre Organisation hat in den vier Monaten seit November bis Februar bereits 123673 Mark für Arbeitslose, die 529835 Tage unretwilliger Ruhe aufwies, zu veranlassen gehabt. Im Januar scheint aber der Höhepunkt erreicht worden zu sein. Immerhin werden die Verbandskassen (auf die sich diese Angaben nur beziehen) wie die Gau- und die örtlichen Kassen durch die schlimme Übergangszeit einen kräftigen Abbruch erleben.

Die Verminderung der Krankenziffer von 4,1 auf 2,5 Proz. ist ja zu begrüßen, doch dürfte in dem laufenden Vierteljahre diese Seite sich weniger günstig angehen haben.

Dah noch 3,1 Proz. unfre Mitglieder in andern Berufen tätig sind, müßte den Prinzipalen, die von den Buchdruckergehilfen besondere Kunststücke in bezug auf Lebenshaltung erwarten — sie sind in der Masse wie am grünen Solde zu finden —, als Mahner dienen, daß bei andern Unternehmern von dem, was recht und billig ist, doch eine höhere Auffassung besteht, ohne daß diese Kreise sich mit ihrem sozialen Verständnis auf das hohe Rob zu setzen frachten.

Die freiwillige Familienunterstützung hat im letzten Vierteljahre von 1918 noch 186216 Mk. (im dritten: 195397) erfordert.

Dass die Preise für Druckerarbeiten nur eine begrenzte Steigerung erlangen, da sie von den meisten Verbrauchern als zum Ansohnenkonto gehörig betrachtet werden und deshalb beliebig reduziert werden könnten, ist eine Behauptung, die erst einmal bewiesen werden muss.

Prinzipale und Gehilfen sind nun einmal auf Zusammenarbeit angewiesen. Wir unsererseits stellen zur nächsten Tarifabschlussung manche berechtigte Forderung. Wir wollen aber auch den Weg weisen, wie sie erfüllt werden können. Die Einigkeit der Gehilfen steht alljährlich außer allem Zweifel. Bliebe die Einigkeit der Prinzipale. Sie ist bezüglich der Forderung außer Preise hundsmissig.

Diese absolute Tatsache zwingt uns notwendig im beiderseitigen Interesse zur Bezeichnung eines gangbaren Weges, der aus der Sachlage falscher Kalkulationen zur Basis einer geländerten Preispolitik führt und in folgender Richtung einzuschlagen wäre:

1. Für den Bereich eines Schiedsgerichts wird eine Berechnungsstelle gebildet.
2. Sämtliche Anfragen über Drucksachenpreise werden seitens der Druckereien nur dieser Berechnungsstelle vorgelegt.
3. Die Berechnungsstelle verleiht jede von ihr berechnete Arbeit mit Stempel und Preis.
4. Die Berechnungsstelle bearbeitet nur die zu ihrem Bezirke gehörende Anfragen.
5. Eine Druckerei darf nur Preise bei festbestelltem Arbeiten abgeben.
6. Jede Druckerei ist verpflichtet, dem Preis einer Drucksache in den üblichen Ziffern auf jedem Manuskript zu vermerken.
7. Die Berechnungsstelle wird paritätisch verwaltet; die Kosten trägt die Tarifgemeinschaft.
8. Die Verwaltung der Berechnungsstelle ist besetzt, Druckereien ihres Bezirkes auf die Einhaltung obiger Bestimmungen zu kontrollieren (gleich den Besugnissen der Berufsorganisationen).

Meine Vorschläge sprechen für sich selbst. Die Einrichtung ist ohne große Kosten zu ermöglichen, sitzen doch in allen größeren Druckanstalten besondere Beamte für diesen Zweck, die dann nicht mehr erforderlich sind. Das wichtigste Moment ist aber, daß die Gehilfenströmerei mit den Druckereipreisen endlich einmal aufhört, auch werden die leuchtendsten Unterstellungen rapid abnehmend. Dies alles ist nur zum Vorteil der Gehilfen. Aber auch die Prinzipale wird den Segen der neuen Einrichtung bald zu spüren bekommen. Es ist auch kein Eingriff in die Freiheit des Unternehmers, denn der Zwang zur Einhaltung des Druckpreistarifs bestand faktisch schon längst, nur die Erkenntnis der Notwendigkeit, daß zur Kontrolle der Einhaltung die Gehilfenchaft die berufener Instanz ist, fehlte noch. Sie muß jetzt erst noch errungen werden!

Vorkmund.

Seinrich Steinberg.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bremen. Ihr goldenes Berufsjubiläum konnten im verflochtenen Monate wiederum zwei Kollegen begehen. Am 1. April waren es fünfzig Jahre, daß Kollege Friedrich Brinkmann, seit langen Jahren bei der Firma Sunkel tätig, in den Dienst der schwarzen Kunst trat. Er hat es verstanden, sich dort bis zum Prokuristen aufzuschwingen. Am 4. April lernte Kollege Hermann Geyer, Metteur der „Weserzeitung“, dieses in Kollegenkreisen immerhin seltene Jubiläum. Sein sechzigjähriges Berufsjubiläum lernte am 15. April der Kollege Ludwig Richter, seit langen Jahren bei der Firma Schöne mann tätig. Möge es den allen Herren, die sich noch einer seltenen Mühseligkeit erweihen, vergönnt sein, recht lange Jahre ihrem Berufe weiter nachgeben zu können.

Burg b. M. In der am 29. März abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Bernhard Friß und Robert Herweg gelehrt. Hierauf fand die Aufnahme von zwei jungen Kollegen statt. Sodann erfolgte uns der Gehilfenvertreter, Kollege König (Halle a. d. S.), den schon lange angekündigten Bericht über die Tarifabschlussung, was ihm infolge der politischen Unruhe erst jetzt möglich war. Der Redner schilderte die äußerst schwierigen Verhandlungen in sehr eingehender und verständlicher Weise, und die Kollegen brachten ihre Zustimmung durch Beifall zum Ausdruck, wie überhaupt den Ausführungen die größte Aufmerksamkeit zuteil wurde. Eine Entschließung wurde von der Versammlung einstimmig angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Die am Sonnabend, dem 29. März 1919, im „Gewerkschaftshaus“ tagende gutbesuchte Versammlung des Ortsvereins Burg b. M., hat den Bericht des Kollegen Friß über die letzte Tarifabschlussung zur Kenntnis genommen. Sie erkennt an, daß die Gehilfenvertreter alles getan haben, um die Interessen der Gehilfenchaft wahrzunehmen. Die Versammlung bedauert jedoch sehr, daß es vor dem 31. August nicht möglich sein soll, eine Erhöhung der Teuerungszulagen zu verlangen. Die jetzigen Teuerungszulagen reichen nicht im entferntesten aus, um die so überaus notwendige Erneuerung von Kleidung, Wäsche und sonstigen Bedarfsartikeln vornehmen zu können. Dazu kommt, daß die in naher Aussicht stehende bedeutende Erhöhung von Steuern, Mieten usw. die Lebenshaltung der Gehilfen noch erheblich weiter herabdrücken wird. Aus diesen Gründen können die Versammelten nur mit Vorbehalt die Beschlüsse des Tarifausschusses für sich bindend anerkennen. Sollten in der Zwischenzeit sich die Lebensverhältnisse wiederum beheb-

send verschlechtern, so sieht sich die Gehilfenchaft gezwungen, nach vor dem 31. August Mittel und Wege zu finden, um einen Ausgleich zu finden. Die im Tarifausschusse zur Sprache gebrachte Aufforderung aus Buchhändlerkreisen, mit Aufträgen für das Druckgewerbe zurückzuhalten, erfüllt seitens der Gehilfenchaft die schärfste Vorkaution angesichts des Darlehenlegens und der großen Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe.“ Unter „Tariflichem“ fand eine sehr rege und lebhaftige Aussprache statt. Kollege Ruske erstattete sodann den Kartellbericht. Nach Erlebung einiger interner Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Kollegen ein derartiges reges Interesse am Versammlungsbezug haben möchten, wie es ein großer Teil derselben immer hat.

Dresden. Am 22. April konnte Kollege Hermann Zühl auf eine 50jährige Tätigkeit als Buchdrucker zurückblicken. Gleich nach seiner Beurlaubung trat er dem Verbands bei.

Eichstätt (Bavern). In unster am 13. April abgehaltenen Versammlung gelangte nachfolgender Proseß zur einstimmigen Annahme: „Der heute versammelte Ortsverein Eichstätt des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt zum Sozialversicherungsplan für die Presse Kenntnis und bedauert nach eingehender Besprechung aufs tiefste, durch solche Produkte gestifteter Phantastien die Kosten der Arbeit zu sehen. Er steht in dem Entwürfe eine Erdrückungspolitik der bürgerlichen Presse, welche geeignet ist, Hunderten bürgerlicher Zeitungen das Lebenslicht auszublenden und damit Tausende von Beschäftigten des gesamten graphischen Gewerbes brotlos auf die Straße zu werfen. Entrüstet über solche, verheerungsvollen Segnungen“ ist die Mitgliedschaft der Ansicht, daß mit effektvolleren Vorträgen berufsbremder Theoretiker der Arbeiterschaft nicht gedient ist, daß sie vielmehr durch solche samt dem Kleingewerbe dem ruftungslosen Ruin zugeführt wird. Der Ortsverein Eichstätt willt andere Mitgliedschaften, in voller Würdigung der weittragenden Folgen gegen jeglichen Versuch der Pressefalschierung auf solcher Basis energisch Front zu machen.“

Greis. In der Versammlung vom 24. März wollte u. a. als Gast in unster Mitte Gehilfenvertreter Kollege König (Halle), der uns in der zahlreich besuchten Versammlung ein Referat über die letzte Tarifabschlussung hielt. Für seine längeren vorzüglichen Ausführungen wurde ihm am Schluß der verdiente Dank seitens der biesigen Kollegenchaft zuteil. Nach Erlebung von einigen internen Angelegenheiten gelangte die folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die am 24. März d. J. im „Sonne“ tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung nahm den Bericht unster Gehilfenvertreter Kollege König (Halle) über die letzte Tarifabschlussung vom 14. Februar entgegen. Die biesige Gehilfenchaft bringt zum Ausdruck, daß sie mit dem erzielten Ergebnis ihr Einverständnis erklärt, erwartet jedoch, daß in Zukunft alle vom Tarifamt herausgegebenen Bestimmungen von den Prinzipalen respektiert werden. Der gegenwärtige Lohn deckt bei weitem nicht die Ausgaben, die bei den teuren Lebensmitteln- und andern Preisen vorhanden sind. Es muß daher auf das entschiedenste Verwahrung eingelegt werden, daß, solange kein Abbau der Preise zu beobachten ist, auch die Löhne nicht fallen dürfen; im Gegenteil bringt die Versammlung zum Ausdruck, sollte noch eine weitere Preissteigerung aller Produkte in Erscheinung treten, daß unsre tariflichen Vertreter nochmals über eine weitere Erhöhung einer Teuerungszulage nach vor dem 31. August d. J. in einer neuen Tarifabschlussung Beschlüsse fassen.“

Kannover. Am 15. April konnte der frühere langjährige Kassierer des Lokalvereins, Kollege August Sagebiel, auf eine fünfzigjährige Mitgliedschaft im Verbands zurückblicken. Am 14. April 1864 trat er in der Schüllerischen Buchdruckerei in die Lehre, am 12. April 1869 hatte er seine Beurlaubung beendet. Infolge einer Preisbewegung verließ er Anfang Januar 1870 das Geschäft, hontilantierte in Bremen, Leipzig, Westfalen usw. 1873, bei der großen Auspurrung, gehörte er zu den Militärpersonen, die die Arbeit in den Druckereien verweigerten, trotzdem seitens der Prinzipale die denkbar günstigsten Bedingungen gestellt wurden. Des Verbalten wurde seitens des Hamburger Buchdruckervereins mit 6 Mk. pro Person dankbar anerkannt. Seit 1874 ist der Jubilar wieder in der Schüllerischen Buchdruckerei ununterbrochen tätig.

Jena. (Maschinenmeflerverein.) Am 29. März fanden sich die biesigen Druckereikollegen zusammen, um den seit über vierzehnjährigen schlummernden Maschinenmeflerverein wieder neu ins Leben zu rufen. Der frühere Vorsitzende Kollege Feuchtel gab als Einleitung der Versammlung einen Rückblick über die nun hinter uns liegenden schweren Kriegsjahre. Nur zwei Kollegen blieben von der Einzellegung zum Seeresdienst verbannt, zwei Kollegen fielen als Opfer des Völkerringens. In der nun einfindenden Aussprache betonten alle Kollegen, daß infolge der schwierigen Arbeitsweise in den Maschinenfabriken (bedingt durch minderwertiges Material und Erfabstoffe) es dringend notwendig ist, daß die Kollegen wieder regelmäßig zusammenkommen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitlich zu belehren. Als Vorsitzender wurde Kollege Feuchtel, als Kassierer Kollege Reumann gewählt. Ebenfalls wurde der Anschluß an die Zentralkommission beschlossen.

Karlsruhe. Inre Generalversammlung fand am 23. März statt. Nach Aufnahme von vier Kollegen ehrte die Versammlung in üblicher Weise das Andenken von 14 im Kriegsjahre 1918 gefallenen und 6 verstorbenen Kollegen.

Den Tätigkeits- und den Kassenbericht erstattete Vorsitzender Erb und Verwalter Hof. Danach hat der Mitgliedsbestand (514) bereits die gleiche Höhe wie 1914 erreicht. Der Kassenbilanzstand ist dadurch etwas gemildert, daß rund 70 Kollegen vorübergehend in andern Berufen untergebracht wurden; trotzdem sind noch durchschnittlich 40 Arbeitslose vorhanden, und in Anbetracht der jetzigen Selbstverhältnisse kann auch mit einer Besserung vorerst nicht gerechnet werden. Die Wiederherstellung der vor dem Krieg in den einzelnen Druckereien Beschäftigten ist im allgemeinen bis auf einige kleine durchgeführt. In der zweiten Woche des Januar wurde die Teuerungszulage, wenn auch unter Vorbehalt, ausgesetzt, nachdem in wiederholten Verhandlungen mit Prinzipalität und Ministerium eine Entschädigung herbeigeführt wurde, wonach der von der Reichsregierung herausgegebene Erlaß für das ganze Reich, also auch Baden, bindend ist, was von der Gehilfenchaft bestritten wurde. Wie sehr unster Prinzipale mit einer Zurückhaltung rechnen, weil nach ihrer Ansicht der Tarifabschlussbeschlüsse zu Unrecht erfolgte, bewies ein den Kollegen zur Unterfertigung vorgelegter Revers, wodurch diese sich verpflichten sollten, das das zwei Besätze vom Lohne wieder abgezogen werden kann. Hauptfachliche Schwierigkeiten bereitete Dr. Knittel in Firma G. Braun. Trotzdem in seinem Geschäft die Erhöhung bezahlt wurde, versuchte er durch Verbreitung eines Zirkulars (in seiner Eigenchaft als Vorsitzender der Süddeutschen Zeitungsverleger) die andern Prinzipale hiergegen scharf zu machen. Einige Druckereien arbeiten verhärtet. Der Einhalt der vom Tarifabschluss beschlossenen Lehrlingsgaltala muß schon im Interesse unster Arbeitslosen die volle Aufmerksamkeit geschenkt werden, um einermachen die während des Krieges begangenen Fehler auszugleichen. Eine Bezirksvorsteherkonferenz wird sich wohl mit einer Beitragserhöhung befallen müssen, da die Anforderungen an alle Unterstützungszweige sich erhöhen. Bei der Handwerkskammer soll auf eine doppelte Bezahlung der Gehilfenmitglieder der Lehrlingsprüfungscommission hingewirkt werden. Amerkant wurde die Opferwilligkeit derjenigen, die zu Hause bleiben konnten in puncto Unterstützung der Frauen und Kinder eingezogener Kollegen. Auch war der Verkehr mit den Sparten und dem Gewerkschaftsverband des Vorsitzenden Kollege Hof ein kollegialer; das wird auch weiterhin möglich sein. Dem per Akklamation wiedergewählten Vorstand verbleibt ein großes Arbeitsfeld, im kommenden Vereinsjahr all das wieder ein- und durchzuführen, was während des Krieges unterbleiben mußte. Da die Zulage bereits jetzt schon überhöht ist infolge fortgesetzter weiterer Steigerung aller Lebensmittel, u. a. der Kohlen, und darum an eine Abschaffung von Wäsche und Kleidern nicht zu denken ist, zeitigte die Aussprache folgende einstimmig angenommene Resolution: „Die heutige Generalversammlung des Ortsvereins Karlsruhe bedauert aufs lebhafteste den abnehmenden Standpunkt der führenden Prinzipale in bezug auf die Bewilligung und Auszahlung der letzten Teuerungszulagen. Insbesondere verwahrt sie sich gegen das Vorgehen des Herrn Dr. Knittel in bezug auf die einseitige Orientierung der Regierung über diese Zulage. Die Versammlung hält die jetzige Entlohnung im Buchdruckergewerbe nicht ausreichend zur Bestreitung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel und beauftragt den Vorstand, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bessern, bei den maßgebenden Instanzen die notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Gehilfenchaft lehnt jede Verantwortung über weitere Lohnanprüche ab, soweit sie die noch immer steigenden Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel dazu zwingen wird.“

Oldenburg. Die erste Bezirksversammlung nach dem Weltkrieg fand am 23. März hier selbst statt. Vertreter waren außer dem Vorsitzenden Dr. Bracke, Wesenhorst, Zever, Kloppeburg, Küllingens-Wilhelmshaven, Barel, Wesch in ganzen durch 170 Kollegen. Nach Begrüßung, besonders der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen, durch den Vorsitzenden wurde der Jahresbericht entgegengenommen, an welchen sich eine rege Aussprache, speziell über die außerordentlichen Teuerungszulagen in Küllingens-Wilhelmshaven, angeschlossen. Der Mitgliedsbestand, welcher bei Kriegsausbruch 289 betrug, ging während des Krieges auf 120 zurück und stieg im Laufe dieses Quartals wieder auf 289. Der Kassenbestand betrug Ende 1918 2431 Mk. Als Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer wurden im ganzen 10700 Mk. ausgegeben, für Arbeitslose 500 Mk. Alle Kriegsteilnehmer wurden bei der „Vollstufung“-Kriegsvericherung mit einem Anteil versichert und hierfür 565 Mk. ausgegeben. Das Vermögen der Krankenzulagekasse beträgt 10246 Mk. Ge fallen sind 36 Mitglieder. Nach Aufnahme von sechs Kollegen hielt Gausvorsteher Nitsche einen zeitgemäßen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag, in welchen er die letzten Tarifverhandlungen einbezog. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache. Es wurde besonders zum Ausdruck gebracht, daß der Lehrlingsfrage mehr Beachtung geschenkt und die Fortbildungsbefreiungen der Gehilfen gefördert werden müßten. Es soll eine Statistik über das zum Teil noch sehr niedrige Kostgeld der Lehrlinge aufgenommen werden und das Material dem Demobilisationsauslaß überwiesen werden, um eine Besserung herbeizuführen. Die Beiträge wurden in bisheriger Höhe belassen, jedoch sollen hiervon 10 Pf. mehr der Krankenzulagekasse zugeführt und der Beitrag zur Beitragskasse um diesen Betrag gekürzt werden. Das Krankengeld soll statt 1 Mk. ab 1. April 1,25 Mk. betragen. Den gefallenen Kollegen soll eine Ehrenfahne errichtet werden, womit die Typographische Vereinigung betraut wurde. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

(Weitere Korrespondenzen in der Beilage.)

Rundschau

Mitteilung der Redaktion. Die Umarbeitung der Zeitung des Carlshauschusses (vom 14. Mai) (siehe erste Seite) macht einen früheren Schluss der Diskussion im „Korr.“ notwendig, da ja noch eine Vorberatung und eine Bauvorberathung vorweg stattfinden sollen. Der Artikelvorgang hat sich derartig stark gestaltet, daß an die Veröffentlichung aller einigermassen aufnahmefähig befundener Einwendungen bis zum 10. Mai kaum zu denken ist, obwohl sie dahin jede Nummer in erweiterterem Umfang herauskommen wird. Was jetzt noch eingeben sollte, kann bis zu den Berliner Beratungen überhaupt nicht erscheinen. Wertvollere Anregungen darunter werden dem Verbandsvorstand als Material überwiesen. Dringend müssen wir auch ersuchen, mit so umfangreichen Berichten, wie in dieser Nummer aus Berlin und Leipzig, nur ein Ende zu machen. Die großen prinzipiellen Auseinandersetzungen in diesen beiden Druckzentren, die gewiß für das ganze Buchdruckerdeutschland von erheblichem Interesse sind, können nunmehr als beendet angesehen werden. Wenn nicht, muß trotzdem die Berichterstattung sich in beschränkterem Rahmen bewegen, denn die Redaktion ist durch die Konfliktregulierung jetzt noch an den Papierverbrauch des Jahres 1916 gebunden, außerdem kann sie in Rücksicht auf das Ganze nur ausnahmsweise so große Raumbearbeitung gestatten. Es liegen noch sehr viele Veranlassungen vor! Man nehme also mehr Rücksicht auf die Redaktion, die es allen recht machen soll.

Berlin! In Bauten führte die Buchdrucker E. M. Monke die während des Krieges in Wegfall gekommenen Ferien wieder ein, und zwar nach folgenden Sätzen: bis ein Jahr Beschäftigungsdauer drei Tage, von einem bis zehn Jahre sechs Tage, bis fünfzehn Jahre neun Tage und über fünfzehn Jahre zwölf Tage. Das ganze technische Personal (auch Hilfsarbeiter und Lehrlinge) tritt in den Genuss dieser Ferien, in der höchsten Staffel 15 von 34 insgesamt. — In Essen führte die Firma Grebebeul & Aonen Ferien auf folgender Grundlage ein: bei ein bis zwei Jahren Beschäftigung zwei, bei drei bis fünf Jahren vier, bei fünf bis zehn Jahren acht und bei über zehn Jahren zwölf freie Tage.

Der Reichsverband der deutschen Presse auf freieren Bahnen. Der Reichsverband der deutschen Presse, der als Berufsorganisation der deutschen Journalisten und Berichterstatter anzusehen ist, hielt in letzter Zeit in Berlin einen Delegiertenkongress ab, der u. a. auch ein zeitgemäßes Verbandsstatut auszuarbeiten hatte. Der grundlegende Paragraph der neuen Satzung gibt dem Reichsverband die Form einer gewerkschaftlichen Organisation; wovon die bürgerliche Tagespresse unter dem bekannten Druck der Zeitungsverleger als „Arbeitsgeber“ nur in sehr verflehter Weise Mitteilung macht. Aus dem gleichen Delegiertenkongress wurde aber auch noch ein Antrag der rechtschwerfälligen Presse angenommen, wonach die Sonnensruhe im Zeitungsgewerbe rechtsgesetzlich geregelt werden soll, und zwar unter Fortfall der Montagszeitungen, die ja bekanntlich den Redaktionen solcher Zeitungen ebenso lästig fallen wie den Buchdruckern.

Unrentable Zeitschriften. Im „Brienblatt der deutschen Buchhändler“ fordert ein Herr Franz Mittelbach aus Stuttgart zu einem genossenschaftlichen Zusammenschluß der Verleger und zu einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Verleger, Gelehrter und Schriftsteller auf, um eine einträglichere Regelung der Bücherproduktion herbeizuführen. Nach seiner Ansicht sind 90 Prozent aller deutschen Zeitschriften unrentabel und 50 Prozent überhaupt überflüssig. Was diese angebliche Unrentabilität anbelangt, so kommt es ganz darauf an, welchen Maßstab man an die Rentabilität legt. Mit einem Verleger wird sich darüber überhaupt nicht vernünftig reden lassen. Und selbst dort, wo eine Rentabilität gewisser Zeitschriften tatsächlich besteht, dürfte sie meistens auf eine zu oberflächliche Einschätzung der Leser deutscher Zeitschriften zurückzuführen sein. Effekt- und Sensationshysterie verleiht auf dem Büchermarkt zu einer Überpannung des Angebots, wodurch Rückschlüsse unausweichlich wurden; die dann auf den Zeitschriftenverlag abgewälzt wurden; sei es durch Rückgang des allgemeinen Interesses an Zeitschriften, oder durch verfehlte Inanspruchnahme gegenüber wirklich zeitgemäßen Schriftstellern; auch wenn sie weniger bizarr und über „hoffähig“ waren. Dadurch dürfte es nicht zuletzt gekommen sein, daß beinahe die Hälfte aller Zeitschriften überflüssig wurde. Würden die Verleger im allgemeinen etwas mehr Respekt vor der Meinung- und Selbstfreiheit an den Tag legen, käme auch die Rentabilität auf die Dauer nicht zu kurz. Eine zukünftige Arbeitsgemeinschaft deutscher Verleger, Gelehrter und Schriftsteller wird dabei auch nur dann Erfolgreiches leisten können, wenn die Verleger sich nicht mehr in der Rolle von „Arbeitsgebern“ gegen Gelehrte und Schriftsteller gebärden, sondern sich darauf besinnen, daß ihre Tätigkeit nur eine vernünftige zwischen Schriftsteller und Leserkreis darstellt und keine richtungs- oder maßgebende; wie es leider schon zu Zeiten Goethes war, der sich einmal zu dem Stolzleutner veranlaßt sah: „Die Buchhändler sind alle des Teufels; für sie muß es eine besondere Hölle geben!“

Offene Schreiftischen. Vom Gewerkschaftskartell in Gera (Reub) wird ein Arbeitersekretär — nur erste Kraft — gesucht. Gehalt nach Vereinbarung, für übrigen gelten die Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Be-

werbungen sollen bis zum 5. Mai in den Händen des Vorsitzenden des dortigen Gewerkschaftskartells, Brutto Hager, Gera, Poststraße 9, befinden. — Ferner ist die Stelle eines Arbeitersekretärs für Gera neu zu besetzen. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, die bereits als Sekretär in Stellung gewesen ist. Gehalt nach den Bestimmungen des Vereines Arbeiterpresse mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse nach Vereinbarung. Dienstfahre in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. Rednerische Befähigung ist erwünscht. Bewerber wollen über ihre bisherige Tätigkeit mit berichten. In diesem Falle sind Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sofort an das Gewerkschaftskartell Gera-Reub, Franzstraße 11 par. 1, zu richten. — Schließlich wünscht der Gewerkschaftsverein Greising (Bayern) ebenfalls einen Arbeitersekretär anzustellen, und zwar lokal als möglich. Die Bewerber müssen mit den sozialpolitischen Gesetzen vertraut sein sowie organisatorische und rednerische Befähigung besitzen. Die Anstellung erfolgt nach den Bedingungen des Vereines Arbeiterpresse. Bewerbungen wolle man umgehend an den Kartellvorsitzenden M. Einreiner, Greising, General-vor-Regel-Str. 748 II, richten.

Tariflose Zeit im Berliner Bauergewerbe. Ein Schiedsspruch des zuständigen Schlichtungsausschusses sagte den Berliner Bauarbeitern eine 46^{1/2}stündige Wochenarbeitszeit sowie u. a. einen Stundenlohn für gelehrte Arbeiter von 2,30 bis 2,60 Mk. zu. Die Generalversammlung der Bauarbeiter lehnte jedoch die Anerkennung dieses Schiedsspruchs fast einstimmig ab. Auch die Zimmerer haben den gleichen Beschluß gefaßt. Der Streik wird jedoch abgebrochen, die Arbeit soll überall unter den denkbar günstigsten Bedingungen wieder aufgenommen werden. Infolge dessen wird von jetzt ab im gesamten Bauergewerbe Groß-Berlins ohne Tarif gearbeitet. Die Bauarbeiter aller Berufsgruppen werden auf den einzelnen Baustellen einen möglichst hohen Lohn durchsetzen, jedenfalls einen höheren, als ihnen durch den Schiedsspruch zugesprochen worden war.

Gewerbegerichtsschiedsamt über Lohnzahlung bei Betriebsstörungen. Nach dem „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ fällt das Berliner Gewerbegericht vor kurzem ein grundsätzlich sehr wichtiges Urteil über die Verpflichtung zur Lohnzahlung bei Betriebsstörungen. Ein aus 200 Personen bestehendes Personal einer Grobuchbinderei klagte gemeinsam auf Zahlung des Lohnes für einen Tag, an dem es vom Betriebsleiter wieder nach Hause geschickt wurde, weil der elektrische Strom verlagte. Das Gewerbegericht sprach den Arbeitern den Lohn für diesen Tag zu, weil die Arbeiter durch pünktlichen Antritt zum Dienst ihre Schuldigkeit getan und daher Anspruch auf den Lohn hätten. In einem derartigen Falle der Kraftverletzung habe der Unternehmer den entfallenden Schaden zu tragen. Die Firma erklärte, daß es ihr nicht um das Geld ankomme, sie wolle nur ein grundsätzliches Urteil herbeiführen. Daß die Firmeninhaber an dem durch das Urteil ausgeprochenen Grundsatze vorher noch Zweifel hegten, ist charakteristisch für die Auffassung in Unternehmerkreisen in solchen Dingen. Wenn ein Arbeiter aus irgendwelchen Gründen mit seiner Arbeitspflicht in Verzug kommt, sehen sie darin einen Kontraktbruch, der nicht nur mit Lohnabzug, sondern nach ihrer Auffassung auch noch mit Strafbuß belegt werden sollte. Wenn sie aber den Lohn für einen Tag zurückhalten, obwohl die betreffenden Arbeiter arbeitsbereit waren, so müssen sie erst ein grundsätzliches Urteil darüber haben, daß dies von ihnen mehr als genug als Sühngeld ausgezahlt „Unternehmerisiko“ hier tatsächlich allein in Frage kommen kann und nicht das Arbeiterisiko.

Die Lebensmittelpreise im Monat Februar 1919. Steigen die Kosten für die rationierten wöchentlichen Lebensmittel im Januar d. J. gegenüber dem Monat Dezember des Jahres 1918 um 79 Prozent, so brachte der Monat Februar eine Steigerung des wöchentlichen Lebensmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie um 1,18 Mk. Der Reichsindex betrug demnach 64,93 Mk. Diese fortgesetzte Steigerung könnte man immerhin noch ertragen, wenn die öffentliche Bewirtschaftung den Verbrauchern so viel Lebensmittel zu liefern in der Lage wäre, als zur ausreichenden Ernährung unbedingt erforderlich sind. Aber die geleisteten Mengen sind so minimal und so minderwertig, daß unmöglich damit auszukommen ist. Es bleibt dabei immer wieder die Notwendigkeit bestehen, etwas „hinüber zu erwischen“. Aber wofür das Geld nehmen? Einen Vergleich zum Monat Februar der vorhergehenden Jahre ergibt folgendes Bild:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
pro Familie	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93
pro Kopf	6,32	7,87	10,85	13,54	14,12	16,23
Steigerung seit 1914	—	24,52	71,61	114,12	123,29	156,74

Volkshochschule Berlin. Die Volkshochschule Groß-Berlin ist dieser Tage eröffnet worden und beginnt ihre Arbeit mit vier Lehrgängen, die bis Ende Juli dauern sollen. Den Teilnehmern, deren Zahl begrenzt ist, soll über ein bestimmtes Gebiet ein abgerundetes Wissen vermittelt werden. Vorläufig werden Verfassungs- und Verwaltungsfragen, Wirtschaftspraxis, Organisations- und Geschäftskunde sowie Red- und Zeitungskunde behandelt.

Strassenbahnverkehr in Leipzig. Am 17. April trat das gesamte Strassenbahnpersonal, nachdem es ihm nicht gelungen war, seine Forderungen: 400 Mk. Monatslohn kommen für die Schaffner, 415 Mk. für die Führer, zahlbar ab 1. April, zur Durchführung zu bringen, in den Ausstand. Zehn volle Tage war Leipzig ohne jeglichen Strassenbahnverkehr, trotzdem es an der Bereitwilligkeit des Schlichtungsausschusses, die Differenzen beizulegen,

nicht gemangelt hatte. Endlich, zwei Tage vor Beginn der Frühjahrsaufnahmefahrt, führten die Verhandlungen zu einem Erzebnisse. Danach erhalten die Schaffner in Zukunft 350 Mk., die Führer 365 Mk., Schaffnerinnen 250 Mk., Führerinnen 265 Mk. monatlich. Die Bureauangestellten werden den entfallenden städtischen Beamten gleichgestellt. Alle bisher gewährten Kinderzulagen, Gratifikationen usw. kommen in Wegfall. Krankenversicherungsbeiträge sowie Beiträge zur Pensionskasse und zur Unfallversicherungsversicherung werden in voller Höhe von der Gesellschaft übernommen. Diese Abmachungen haben Gültigkeit vom 1. Mai bis 30. September 1919. Für den Monat April bewilligte die Gesellschaft eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 65 Mk. pro Kopf; die Streiktage werden nicht bezahlt. Ansprüche die Gesellschaften auch keineswegs den Forderungen der Streikenden, so kann man immerhin im allgemeinen doch von einem annehmbareren Erfolge sprechen. Eine Mehrheit hat der Ausgang dieses Kampfes allerdings. Die Strassenbahndirektion hat sich nämlich zu den Gehaltssteigerungen, die eine Mehrausgabe von über vier Millionen verursachen, nur unter der Bedingung bereit erklärt, daß der 25-Prozent-Tarif eingeführt wird. In einer Ratifikation wurde dem auch diesem Tarif bereits zugestimmt, so daß vom 1. Mai ab in Leipzig einfache wie Umfahrgarten 25 Pf. kosten. Dies bedeutet wiederum eine beträchtliche Belastung des Verkehrs, von welcher gerade der Arbeiter leider nicht unberührt bleibt, sondern, da er in den weitaus meisten Fällen an der äußeren Peripherie sein Domicil aufgeschlagen hat, einen nicht unmerklichen Teil zu tragen gezwungen ist.

Geforderten

- In Weitzen der Buchdruckerbesitzer Paul Silberberg, 58 Jahre alt.
- In Bremen der Buchdruckerbesitzer Gustav Brinner.
- In Breslau der Drucker Paul Wlesner von dort, 47 Jahre alt — Speyerbergverlegerung; am 5. April der Seher Franz Gellrich von dort, 27 Jahre alt — Lungenleiden; am 7. April der Seherinvalide Dr. G. aus Straßburg, 70 Jahre alt.
- In Emden am 7. April der Drucker Wilhelm Ditt, 56 Jahre alt.
- In Essen am 6. April der Korrektor Georg Stodt, 63 Jahre alt.
- In Feuerbach am 2. April der Seher August Traencker aus Kattwill, 66 Jahre alt — Lungenentzündung.
- In Frankfurt a. M. am 6. April der Seher Carl Milke von dort, 43 Jahre alt — Lungenleiden; am 8. April der Seher Adam Zellgräber aus Mainz, 53 Jahre alt.
- In Gütlich am 17. April der Seher Friedrich Birngruber aus Bamberg, 43 Jahre alt.
- In Hagen am 16. April der Seher Friedrich Wilhelm Kaller, 60 Jahre alt.
- In Hamburg am 9. April der Galvanoplastiker Arthur Dietrich aus Leipzig, 33 Jahre alt.
- In Leipzig am 16. April der Seherinvalide Gellich von dort, 75 Jahre alt; am 20. April der Seherinvalide Menzel Karalek aus Prag, 71 Jahre alt — Lungenentzündung; am 20. April der Seherinvalide Friedrich Holzhausen aus Rudolfsbad, 80 Jahre alt.
- In Magdeburg der Buchdruckerbesitzer Bernhard Richter; der Seher Carl Jacob aus Brestau, 42 Jahre alt — Lungenleiden; am 14. April der Maschinenführer Wilhelm Brühmann aus Köthen.
- In München am 13. April der Buchdruckerbesitzer Georg Bauer, 54 Jahre alt.
- In München der Buchdruckerbesitzer Wilhelm Demmerbuber.
- In Nürnberg der Buchdruckerbesitzer Wilhelm Prell.
- In Nürnberg am 28. März der Seher Gustav Schäfer, 19 Jahre alt — Lungenleiden.
- In Oberweick am 14. April der Seher Kurt Meyer aus Magdeburg, 21 Jahre alt.
- In Paderborn der Drucker Heinrich Gies, 25^{1/2} Jahre alt.
- In Paderborn am 31. März der Drucker Carl Kahl — Epithus.
- In Paderborn am 5. April der Seher Robert Lez, 29 Jahre alt — Schwindel.
- In Regensburg der Buchdruckerbesitzer Rudolf Wäcker.
- In Tostock der Buchdruckerbesitzer Carl Quandt.
- In Stuttgart am 8. April der Drucker Otto Schmidt aus Mannheim, 49 Jahre alt.
- In Weiden am 9. April der Drucker Arthur Tassan, 47 Jahre alt.
- In Wülzburg der Seher Ernst Lindner, 33 Jahre alt.

Briefkasten

B. P. in K.: Was Thema „Vertrahet und ledig“ kann nicht zu jeder Zeitungsbeilage wieder im „Korr.“ aufgerollt werden. Ich soll den Raum nur bekommen? Seit 26. November 1917 werden die Zeitungszulagen gleichmäßig bemessen. Die bis dahin gemachte Unterscheidung zwischen verarbeiteten und ledigen Gehältern war gut gemeint, hat sich aber dessenungeachtet als ein Fehler erwiesen. Alters unverarbeitete Kollegen sollen übrigens nicht durch statutenmäßig als ledige Gehältern angesehen werden, da sie meistens familiäre Verbindlichkeiten wie ein Verbeirateter haben. — **M. H. in M.:** Sehr ausführliche Darstellung mit vielerlei Bedauern gelesen. Schließlich gelang es bald, Anker zu werfen. Werden mit Verbandsvorstand erst einmal mündlich darüber sprechen. — **M. H. in W.:** Die erste Rundschau in dieser Nummer eröffnet Ihnen die Möglichkeit, sich mit den Kollegen über die Abrechnung mit Arbeit und Veranlassungsarbeiten. Der Bericht von Ditt liegt vor, wenn wir aber bei jeder Stadt eine Ausnahme machen und Referate über Veranlassungen sofort bringen sollen, dann ist die Redaktion bald gelaßt. Es schiefte liegen die Dinge für uns denn doch nicht, wie sie sich die lokalen Interessenten gar zu gern vorstellen. — **H. S. in B.:** Kritiker können nachmal, daß Artikel — allerdings mit den notwendigen Kommentierungen — erscheinen wird. Die Möglichkeit der in Ihrem Schreiben jetzt hervorgehobenen Mängel ist ohne weiteres einsehbar, aber die Art, wie Sie das darzutun, weicht zwecklos nach Sachangehörigen. Wir wollen wohl, daß es dort realisierte Kollegen gibt, aber auch wenn es nicht genügt; die letzteren sind gemeindlicher. Aber Ihren Artikel dürfte die Meinung anders ausfallen, als es Ihrem Gedanken-gange entspricht, wie man anerkennen muß auch über die von Ihnen geringfügig behandelten Einwendungen ganz anders urteilt. Ein jeder erkläre eben in dem eigenen Gewand das Beste. — **M. H. in E.:** Also in der Sauerkräutergasse vor Anker gegangen? Viel Glück! Mühsal wird Erfüllung entgegengebracht, in Ungenügen aber Schrecken wegen der „Mängel“. — **F. S. in Reinstig:** Durchaus empfehlenswert. — **H. S. in B.:** Dank: Von einem derartigen Problem wird es bisher nicht noch Sachangehörigen. Danken für Information. Gruß. — **M. H. in Berlin:** Artikel findet Aufnahme; doch ist noch etwas Geduld nötig. — **M. H. in B.:** Geduld ging erst bei uns ein, als die 1. Monatsnummer schon abgeschlossen. — **G. S. in Berlin:** Die Berichterstattung über solche Fragen müssen wir der Berliner Kollegenchaft überlassen. — **H. M. in Dresden:** 3,45 Mk. — **M. Sch. in Regensburg:** 4,25 Mk.

Berichtete Eingänge

Deutscher Bau- und Steindrucker. Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Zeilage „Graphische Kalendarien“, 30 Pf. 25. Jahrgang. Aus dem Inhalt haben wir besonders hervor: Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker. Ein Artikel, zu dessen Niederschrift die Redaktion veranlaßt wurde

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingabnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsbild bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 48 — Leipzig, den 3. Mai 1919

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. In der Generalversammlung am 14. April, die die Fortsetzung der Generalversammlung vom 2. April bildete (siehe Bericht in Nr. 38 des „Korr.“), verlas Kollege Abrecht zunächst sämtliche eingegangenen Anträge. Dann wurde die Debatte fortgesetzt. Kollege Rapp: Aus dem Vortrage Mallinits war zu entnehmen, daß er in wenigen Wochen umgelert hat und sich jetzt auf den Boden des Rätesystems gestellt hat. Beim Generalstreik, der den Zweck hatte, das Rätesystem in der Verfallung zu verankern, habe er noch dagegen gestimmt. Der Gauvorstand wird noch manches hinzulernen müssen. Im Juni findet der Gewerkschaftskongress statt, welcher zu einer Generalabrechnung mit der Kriegspolitik der Gewerkschaften werden muß. Zum Gewerkschaftskongress dürfen nur solche Leute geschickt werden, welche sich auf den Boden des Rätesystems stellen. Redner empfahl folgenden Zusatzantrag zur Resolution Barbhnecht: „Ferner fordert die Generalversammlung die Berliner Kollegen und die Kollegen im Reich auf, nur solche Kollegen zum diesjährigen Gewerkschaftskongress zu delegieren, welche auf dem Boden des Rätesystems stehen und schärfste Gegner der von den Gewerkschaften während des Krieges getriebenen Durchhaltepolitik sind.“ Im kapitalistischen Staate können die Arbeiterräte nicht das leisten, was sie sollen. Das können sie erst im sozialistischen Staate. Die Betriebsräte müssen größere Rechte bekommen, um die Interessen der Arbeiter im Betriebe vertreten zu können. Das Recht der Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen muß ihnen gegeben werden. Sie müssen auch ein wachsameres Auge auf die Produktion haben, besonders in den Großbetrieben, wo häufig von den Unternehmern Sabotage getrieben wird. Im Januar haben wir eine Lohnerhöhung erhalten, weil wir nicht mehr existieren konnten. Jetzt bekommen wir wieder eine Lohnerhöhung. Aber das nützt uns nichts. Das kapitalistische System muß zusammenbrechen und das sozialistische System aufgebaut werden. In diesem Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus müssen auch die Buchdrucker ihren Mann stehen. Kollege Fille: In der Frage der Arbeiterräte liegen Beschlüsse noch nicht vor, da kaum jeder Redner nur seine persönliche Auffassung zum Vortrage bringen. Es scheint aber, als ob nicht mehr Meinung gegen Meinung vorgebracht werden soll, sondern als ob ein Bewußtseinswandel ausgeübt werde. Das Wort: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, hat in der Revolution eine tragische Geltung erreicht. Der Hauptpunkt ist jetzt die Rätesfrage. Sollte es unter den Gewerkschaftsführern Leute geben, die der Meinung sind, daß sich seit dem 9. November nichts geändert hat, so wäre der Vorwurf der Rückständigkeit berechtigt, aber auch von der linken Seite ist anerkannt worden, daß sich der Gauvorstand ihrem Standpunkte genähert hat. Auch im Verbandsvorstande besteht keine rückständige Auffassung. Jeder weiß, daß sich einer großen Bewegung niemand hemmend in den Weg stellen kann. Wenn Mallinits gegen den Generalstreik gestimmt hat, so hat das mit dem Rätesystem nichts zu tun. In den Arbeiterräten soll doch ein Instrument des Friedens zum Ausdruck kommen. Mit Handgranaten und Maschinengewehren macht man keine Sozialisierung. Wir haben seit November den Achtstundentag erreicht, das freieste Koalitionsrecht für alle Kreise erhalten. In keinem zweiten Lande der Welt sind diese Revolutionserscheinungen bis jetzt verwirklicht. Statt nun weiter aufzubauen, weiß ein großer Teil der Arbeiterschaft nichts Besseres zu tun, als diese Errungenschaften herabzumüßigen. Statt der unbedingt notwendigen Einigkeit zeigt die Stunde des Proletariats ein Bild tiefer Zerrissenheit. Wo soll das enden, wenn es auch in Buchdruckerversammlungen nicht mehr möglich ist, diese Dinge sachlich zu behandeln? Woran liegt es denn, wenn wir in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht weiter sind? Die Regierung kann ja zu keinen Reformen kommen vor lauter inneren Schwierigkeiten. Alle Tage neue Streiks, wo kein Mut mehr zum Streiken gehört. Das Rätesystem bedeutet doch nichts anderes als mehr Einfluß der Arbeiter auf allen Gebieten des Arbeitsverhältnisses. Das aber sind uralte Forderungen der deutschen Arbeiterschaft, die schon im Jahre 1848 in einem Manifest an die damalige Nationalversammlung zum Ausdruck kamen. Wie weit unsere tariflichen Bestimmungen dem neuen Zeitgeist angepaßt werden, ist eine Frage der nächsten Zukunft. Da ist aber nichts mit Redensarten getan, sondern mit positiven Vorschlägen. Wer erst alles niederreißen will, ist auf dem Holzweg. Ich habe früher immer gewünscht, daß unsere Tarifgemeinschaft in einem loyeren, elastischen System gefaßt wäre. Aber die Mehrheit der Kollegenschaft hat sich für das starre System entschieden, und haben damit Recht gehabt. Bei der Entsehung der Schmachtmänner wurde es sonst nicht möglich gewesen, Frauen und ungelernete Arbeiter vom Berufe fernzuhalten. Was man heute über Sozialisierung hört, geht über den Horizont jeder geschichtlichen Erkenntnis. Das Eingreifen in

den Produktionsprozeß ist notwendig, aber von heute auf morgen ist hier nichts zu machen. Die Arbeiterräte werden nur unter der Voraussetzung erprobliche Arbeit leisten können, wenn wir eine geeinte Arbeiterschaft haben. Gelingt es nicht, diese Vorbedingung zu schaffen, werden wir in absehbarer Zeit mit der stärksten Reaktion zu rechnen haben. Kollege Körber polemisiert in der Hauptsache gegen die Ausführungen Fille's. Niemand bestreitet, daß uns die Revolution große politische Freiheiten gebracht hat. Aber wir wollen auch wirtschaftliche Freiheit. Wenn wir nicht vorwärts kommen, so ist die Kompromißpolitik schuld. 5 Proz. der Arbeiter sind nur aktiv, die übrigen 95 Proz. sind mit allem zufrieden. Auf den aktiven Teil der Arbeiterschaft muß man sich stützen, und da geht es ohne Diktatur nicht ab. Nirgends ist in der Welt Großes erreicht ohne Diktatur. Jetzt ist der im November zusammengebrochene Militarismus wieder erwacht. Daran ist auch die Linke der Arbeiterschaft nicht ganz unschuldig. Mallinits hat das Grollen in der Masse gemerkt. Es ist erfreulich, wenn die Führer dem Verlangen der Masse entgegenkommen. Wir müssen zur Einheit kommen. Noch ist es möglich, in den Gewerkschaftsversammlungen gegenseitige Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Warum berühren wir nicht unsere Verammlungen dazu, die Einheit zu erzwängen? Was Mallinits uns zugefanden hat, genügt uns nicht, wir wollen die ganze Macht haben. Die vielen Streiks sind ein Unlug. Man darf nicht das Gesellschaftsleben zum völligen Zusammenbruch bringen. Noch mancher Balken davon ist zu gebrauchen. In den Gewerkschaften müssen wir einig bleiben und die Führer vorwärts treiben. Kollege Ebel tritt eingangs seiner Ausführungen der Legendebildung entgegen, als ob sich der Gauvorstand im Gegensatz zu Mallinits Refusal befindet. Mallinits hat wohl ohne Kenntnis des Vorstandes das Refusal auf die Tagesordnung gesetzt, die nachherige Aussprache hat aber Einstimmigkeit des Vorstandes mit den Grundgedanken ergeben. Die Einrichtung der Arbeiterräte beim Revolutionsausbruch ist allgemein nur als ein Übergangsstadium aufgefaßt worden. Man lehte alle Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse auf die Nationalversammlung. Erst als diese das erwartete Paradies auf Erden nicht brachte und über deren Tätigkeit im allgemeinen Enttäuschung erfolgte, setzte der Ruf nach den Arbeiterräten in immer stärkerer Weise ein. Man hofft nun von der neuen Form eine glücklichere Zukunft. Nun sind allerdings die Ansichten über die Arbeiterräte verschieden. Man hat Regien den Vorwurf gemacht, sich gegen die Arbeiterräte ausgesprochen zu haben. Es haben sich aber auch Vertreter der Unabhängigen sehr scharf gegen diese ausgesprochen. Ströbel hat den Ruf nach Arbeiterräten eine Massenpsychose genannt, gegen welche die besten Köpfe der Unabhängigen mit den kräftigsten Gründen angeknüpft haben. Der Vertreter der linken Sozialdemokraten hat auf dem Parteitag der Unabhängigen aus seiner eignen Anschauung in Rußland eine verblüffende Kritik an der Tätigkeit der russischen Arbeiterräte geübt. Andererseits steht man, daß man sich in den Kreisen der Reaktion mit dem Gedanken der Arbeiterräte befreundet. War doch das berussländische Parlament von jeder der Lieblingsgedanke dieser Kreise. Redner befragt seine Ausführungen mit entsprechenden Zitaten. Man soll also keine Schelterschreie erheben, wenn jemand freiwillig seine Meinung vertritt. Die wirtschaftliche Verteilung der Arbeit soll im Rätesystem geschaffen werden, den Arbeiterräten auch die volle politische Macht zu geben, hat erhebliche Bedenken. Die Wirtschaftspragen dürfen nicht nur vom Interessensstandpunkt entschieden werden. Deshalb muß die Gesetzgebung dem demokratischen Parlament vorbehalten. Die Verwirklichung der Forderung „Alle Macht den Arbeiterräten!“ würde zur Diktatur des Proletariats führen und den Bürgerkrieg in Permamanj sowie völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge haben. Das Ende wäre dann die Reaktion. Dem Rätesystem als Vertretungskörper der Arbeiterschaft stehen große Aufgaben bevor. Man darf aber vorläufig nicht zu viel erwarten, um nicht wieder neue Enttäuschungen zu erleben und nach einigen Monaten wieder in einer neueren Idee das Heil der Zukunft zu erblicken. Sollen aber die Arbeiterräte erprobliche Arbeit leisten, so brauchen sie dazu die Gewerkschaften als Rückenbedeckung. Ohne die Gewerkschaften hängt die ganze Institution in der Luft. Viele glauben allerdings, die Gewerkschaften wären jetzt überflüssig. Das ist falsch. Selbst wenn alles sozialisiert ist, was noch recht lange dauern wird, haben die Gewerkschaften eine Erstgeborenenstellung. Selbstverständlich müssen sich die Organisationsformen dem neuen Verhältnisse entsprechend anpassen. Redner polemisiert nun gegen die Ausführungen des Kollegen Barbhnecht und ersuchte, dessen Resolution sowie die der Kollegen von Imberg & Nelson abzulehnen. Er empfiehlt die Resolution des Kollegen Liffke, weil sie am besten dem entspricht, was notwendig ist. Statt der Resolution Kotte schlägt er folgende Resolution vor, welche die Forderung nach wirklicher Pressefreiheit auch den Bestrebungen von links gegenüber zum Ausdruck bringt: „Die Generalversammlung des Vereines Berliner Buchdrucker fordert die uneingeschränkte Pressefreiheit für alle Berufsgruppen. Sie verurteilt daher jede Unterdrückung der Presse, gleichviel welcher Richtung,

auf das entchiedenste. Ebenso entschieden verurteilt sie auch jede Ausübung der Zensur, von welcher Seite sie auch kommen mag. Extreme politische Auffassungen treten sowohl von links als auch von rechts in Erscheinung und können nur mit gleichem Maße gemessen werden durch die Bildung und den Geschmack der Leser.“ Da noch eine große Anzahl Redner eingetragen und die Zeit vorgerückt war, wird dem Antrage zugestimmt, nur noch einem Redner zum Verbandsvorstand und einem Vertreter der Linken das Wort zu erteilen und dann die Debatte zu schließen. Kollege Grafmann vom Verbandsvorstand teilt keine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß er sich nicht als Angeklagter fühlt, welcher wegen der eingeschlagenen Verbandsaktive im Entschuldigend zu bitten habe. Die Statistik des Verbandes ist stets von Verbandsgeneralversammlungen festgelegt und befallig. Auch er habe sich nach anfänglichem Widerstreben von dem Werte der Tarifgemeinschaften für die Arbeiter überzeugt. Im den paritätischen Arbeitsnachweis, den die Buchdrucker in ihrem Tarif schon seit langen Jahren besitzen, sind in der übrigen Arbeiterschaft noch bis vor kurzem heftige Kämpfe geführt worden. Die Metallarbeiter waren noch bis in den Krieg hinein gezwungen, den Nachweis der Mitbestimmung zu benutzen, wo der Arbeiter erst dann Arbeit bekam, wenn er sich der gelben Organisation angeschlossen hatte. Das hat man den Buchdruckern niemals zugemutet. Das Obligatorium haben wir nicht gewollt, um dem einzelnen nicht die Möglichkeit zu nehmen, nach eigenem Willen seine Stellung zu verändern, um sich zu verbessern. Unfer tariflicher Vertrauensmännlichkeit ist sicher noch nichts Vollkommenes. Die Metallarbeiter fordern aber jetzt so energisch die Betriebsräte nicht zuletzt deshalb, weil bisher ihre Vertrauensleute der Unternehmerrückwärts vollkommen schuflos gegeben waren. Der jüngere Teil unserer Kollegenschaft schätzt aber diese Einrichtung deshalb so gering, weil er zu ihrer Erringung nichts beigetragen hat. Zur Sozialisierung reif sind nur einige Gruppen unseres Wirtschaftsbauwes: Bergbau, chemische Industrie, Kraftanlagen und Transportgewerbe (Eisenbahnen), die Eisenbahnen, welche früher erhebliche Überschüsse abwarfen, arbeiten jetzt mit großem Defizit, welches in letzter Linie von der Allgemeinheit des Volkes getragen werden muß. Eine Sozialisierung, welche nur einige Gruppen der Arbeiterschaft über das allgemeine Niveau stellt auf Kosten der Allgemeinheit, ist nicht zu empfehlen. In Bayern will man jetzt die Presse sozialisieren. Das würde zur Uniformierung führen, welche wir als freie Männer und Arbeiter nicht dulden können. Auch die Sozialisierung einzelner Betriebe eines Gewerbes ist nicht möglich. Es ist undenkbar, daß einzelne Großdruckereien sozialisiert und alle anderen Betriebe ausgeschlossen werden. Nicht einmal ein ganzes Land könne für sich allein sozialisieren. Die Produktion wird wesentlich teurer, da könne der einzelne sozialistische Staat nicht bestehen, wenn nicht in kürzester Frist die anderen Kulturstaaten nachfolgen. Diejenigen, welche eine baldige Vollsozialisierung wünschen, verkennen die menschlichen Eigenschaften. Die größte Triebkraft menschlichen Handelns ist der Eigennutz. Da könne eine Vollsozialisierung erst durchgeführt werden von einem Geschlecht, das anders ertragen ist als wir. Es ist verkehrte, ohne Brüllung Theorien aus anderen Ländern nachzumachen. Man darf nicht blind gegen die Tatsache sein, daß das Rätesystem in Rußland bereits abgewirkt hat. Lenin tritt wieder für Altkorb- und Taylor-System ein. Warum? Weil die Arbeiter das Arbeiten verlernt haben, und man den Eigennutz wieder erwecken muß. Man soll aus diesen Erfahrungen lernen. Was verwirklicht werden kann, muß herausgeholt werden. Die geeinte Kraft der Arbeiter in den Gewerkschaften wird das schaffen, was zu unserm Nutzen dient. Kollege Kotte: Wir sind jetzt an dem Punkt angelangt, wo wir das, was die großen Vorkämpfer Bebel, Liebknecht usw. gelehrt, in die Tat umzusetzen für geeignet halten. Es liegt in der Macht der Arbeiterschaft, ob der Kapitalismus weiter wirtschaften soll oder der Sozialismus durchgeführt wird. Kollege Grafmann scheint die Reden Bebel's (welche Redner zitiert) nicht gelesen zu haben. Er scheint den Kapitalismus als ein notwendiges Übel zu betrachten. Die neue Gesellschaft soll erzwungen werden. Jetzt verfügt der Kapitalismus noch über die Schule. 99 Proz. der Presse befinden sich im kapitalistischen Dienste. Daraus sollen wir eine Lehre ziehen und im geeigneten Moment zugreifen. Wenn wir unsere Zeit nicht verfehlen wollen, müssen wir die Erbseder zum Sozialisieren in die Hand nehmen. Das Rätesystem ist allein dazu imstande. Kollege Seib erhält noch das Wort für einige kurze Bemerkungen. Er glaube manchmal nicht, sich in einer Buchdruckerversammlung zu befinden. Kollege Kotte stelle einen Antrag auf Pressefreiheit, aber in der Versammlung scheine man für eine Beschränkung der Meinungsfreiheit einzutreten. Die Buchdrucker haben eine mehr als fünfzigjährige Geschichte hinter sich, aber niemals haben politische Meinungsverhältnisse Einfluß auf die Organisation ausüben können. Wir haben alle Urkräfte, uns auf die Bestreitung unserer gemeinsamen Interessen zu verständigen. Als wenn unsere Organisation nicht Schrift halten wolle mit den neuen Forderungen! Es ist ganz selbstverständlich notwendig,

daß sich die Arbeiterorganisationen dem neuen Zeitgeist anpassen. Man verkennt vielfach Zweck und Ziele der Gewerkschaften. Diese sind gezwungen, sich auf den Boden der wirklichen Verhältnisse zu stellen. Wir werden auch in Zukunft gegen manches aufzutreten müssen, was gewünscht wird. Auch unter den neuen Verhältnissen werden wir uns auf den Boden der Wirklichkeit stellen müssen. Da der Redner die ihm eingeräumte Redezeit überschritten hat, wird von einem Teile der Versammlung dagegen lebhaft protestiert, was den großen Teil der Anwesenden zu circa 100 beschleunigten Gegenemonstrationen Anlaß gibt. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag Barthelemy abgelehnt und der Antrag Rüge mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurde auch der Zusatzantrag des Kollegen Rapp. Der Antrag der Kollegen von Smorczg & Nelson wurde mit geringer Mehrheit, der Antrag Engel gegen drei Stimmen angenommen. Kollege Stolze zog seinen Antrag zurück. Der Antrag Wouters wurde ebenfalls angenommen. Von einem Vorschlage des Kollegen Wouters, eine Tarifkommission zu wählen, welche die Tarifänderungen zu beraten hat, wurde Abstand genommen, nachdem Kollege Maillat mitgeteilt, daß der Gauvorstand aus seiner Mitte eine solche Kommission ernennen wird. Kollege Seib bemerkte hierzu, daß es sich unter den heutigen Verhältnissen nicht darum handeln kann, grundlegende Bestimmungen für die Dauer zu treffen. Jeht handelt es sich hauptsächlich um Übergangsbestimmungen. Erst wenn wieder völlig geordnete Verhältnisse bestehen, wird es möglich sein, grundlegende Festsetzungen zu treffen. Die Beschlüsse der bevorstehenden Tarifabschlussübung werden sich nur auf das Übergangsstadium beziehen können. Kollege Maillat bringt darauf zwei Anträge zur Vorlegung, welche eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zum Ziel haben. Diese Anträge sollen auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gestellt werden. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird von Arbeitslosen eine Entlastung von 10 Mk. zu Ostern bewilligt. Kollege Maillat berichtet noch kurz über den Arbeitsnachweis. Über die letzte Arbeitslosenversammlung entspannt sich eine kurze Debatte, weil diese in der Hauptsache zur Unterstützung der Bestrebungen einer bestimmten politischen Partei ausgenutzt worden ist. Der Vorstand wird unter diesen Umständen keine Mittel mehr für solche Versammlungen zur Verfügung stellen.

Leipzig. Am 17. April tagte im Etablissement „Sanssouci“ eine außerordentlich zahlreich besuchte Gaumitgliederversammlung, in welcher die in der Versammlung vom 28. März gewählte Kommission, die den Auftrag erhalten hatte, mit der Prinzipalität behufs Lohnverbesserung in Unterhandlungen zu treten, Bericht erstattete. Kollege Krone, welcher das Referat übernommen hatte, polemisierte zunächst gegen einen Artikel im „Korr.“, in welchem den Prinzipalen nach seiner Meinung ein Fingerzeig gegeben worden sei, wie sie die Kommission behandeln sollten. Er erwiderte in dem Artikel eine Verhöhnung der Kommission und führte die ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegenüber der Kommission auf diese Schreibweise des „Korr.“ zurück. Die Kommission habe eine Erhöhung des Lohnes, rückwirkend ab 1. April, für über 20 Jahre alle Gehälter um 110 Mk., für Gehälter unter 20 Jahren nach Abschloß einer vierjährigen Lehrzeit auf 100 Mk. gefordert. In dem in Betracht kommenden Schreiben habe die Kommission die Prinzipale darauf aufmerksam gemacht, daß andre gelehrte Arbeiter in Leipzig Wochenlöhne von 115 bis 125 Mk. erzielen würden. In ihrer Antwort hätten die Prinzipale die Kommission auf den tarifgesetzlichen Weg verwiesen. Gleichzeitig hob der Referent hervor, daß die Leipziger Buchdruckereliten sich in einer Versammlung bei Zahlung einer Konditionalstrafe von 200 Mk. die Verpflichtung auferlegt hätten, von einer Verhandlung mit der Kommission Abstand zu nehmen. In einem zweiten Schreiben an die Prinzipalität habe die Kommission diese wollen lassen, daß die Leipziger Gehilfen von ihrem Rechte der Arbeitslosstellung Gebrauch machen würden, wenn bei den Prinzipalen bis zum 14. April keine Neigung zum Verhandeln vorhanden sei. Auf dieses Schreiben habe die Kommission keine Antwort erhalten, vielmehr sei die Prinzipalität mit einem Flugblatt an die Leipziger tarifstreuen Gehilfen herangetreten, durch welches die Lehren „eingeweilt“ werden sollten. Der Referent empfahl nunmehr der Versammlung folgende Resolution zur Annahme: „Die am 17. April 1919 im Etablissement „Sanssouci“ tagende starkbesuchte Mitgliederversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen verwarf die Entschlüsse gegen die Mißachtung ihrer Beschlüsse durch die hiesige Prinzipalität. Die Versammlung erkläre in der nächsten Anerkennung der Kommission und dem in einem, an alle tarifstreuen Buchdruckergehilfen gerichteten Zirkular präzisieren Standpunkt des Vereins Leipziger Buchdruckereliten eine brisante Herausforderung, darauf solle sie erklären, ab 23. April die Arbeit allgemein ruhen zu lassen, bis ihnen und ihren gerechten Forderungen von der hiesigen Prinzipalität Anerkennung geworden ist.“ In der Diskussion bedauerte Kollege Krahl zunächst, daß er in der vorigen Versammlung infolge Annahme eines Schlubantrags nicht zu Worte gekommen sei. Durch den in Betracht kommenden Beschluß und die in besagter Versammlung erfolgte Wahl einer Lohnkommission seien Gauvorstand und Gehilfenvertreter desavouiert worden. Was aber in der letzten Versammlung verabredet wurde, könne heute noch nachschief werden. Die Leipziger Gehilfenschaft müsse mit der Berliner materiell gleichgestellt werden. In Berlin hätte eine Kommission in Gemeinschaft mit der Organisationsleitung und dem Gehilfenvertreter sowie unter Vermittlung des Tarifamts ein annehmbares Resultat erzielt. Das wäre in Leipzig auch erreicht worden, wenn man richtig vorgegangen wäre. Statt dessen befrachte man den „Korr.“

als das Karnickel. Das sei ein Armutszeugnis; die Prinzipale wären durch die Tageszeitungen bereits an andern Tagen von dem Ergebnisse der damaligen Versammlung unterrichtet worden. Am 30. März schon habe eine Prinzipalversammlung beschlossen, mit der gewählten Kommission nicht zu verhandeln, aber am 4. April trat die Kommission erst an die Prinzipale heran; sie hätte also sechs volle Tage gebraucht zum ersten Schritt. Am 2. April habe die „Leipziger Volkszeitung“ einen Bericht über unsere vorige Versammlung gebracht. Lediglich gegen diesen Bericht habe der „Korr.“ dann am 5. April polemisiert, und der Erfolg daraus soll nun das Verbrechen sein. Wenn die Kommission sich so empfindlich zeige, so wolle er einmal daran erinnern, in welcher Weise schon häufig und von nicht wenigen Orten aus die Verhandlungsleitung, die Gehilfenvertreter und nicht zuletzt die Redaktion öffentlich heruntergerissen worden, aber wohl nur selten danach gefragt wurde, ob dadurch nicht diese Funktionäre bei den Prinzipalen verächtlich gemacht und ihr Wirken für die Gehilfeninteressen beeinträchtigt wurde. Redner warnte vor Schriften, die nicht als legalisiert betrachtet werden und Leipzig auf dem Druckpretsgebiete zu sehr aus dem geeigneten Rahmen herausreißen lassen könnten, um eine Abwanderung von Aufträgen in die Provinzwerkstätten zu verhindern, und legte der Versammlung folgende Entschloßung vor: „Gauvorstand und Gehilfenvertreter werden ersucht, mit der am 28. März gewählten Kommission schleunigst Verhandlungen mit der Leipziger Prinzipalität herbeizuführen, um die Leipziger Gehilfenschaft materiell mit der Berliner gleichzustellen. Sollte das an der Haltung der Leipziger Prinzipale scheitern, so ist sofort das Tarifamt zur Vermittlung anzufordern. Die neuen Zulagen sind ab Ostern d. J. zu gewähren.“ Kollege Bruchardt wandte sich gegen den Kollegen Krahl, der nach seiner Meinung nicht bestreiten könne, die Kommission bei der Prinzipalität „empfohlen“ zu haben, sowie gegen den Gauvorstand, welcher die Kommission hätte unterstützen müssen. Auch den Berliner Gauvorstand habe die Kommission vergeblich um Unterlagen gebeten. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen bemerkte der Redner, er sei sich schon beim Verlassen der Versammlung am Abend des 28. März darüber klar gewesen, daß die Prinzipale nicht mit der Kommission verhandeln würden, und gab unumwunden zu, daß es ihm in der Hauptsache darum zu tun sei, die Tarifgemeinschaft zu befeitigen, die für ihn ein Hindernis bei Lohnbewegungen bedeute. Die Kollegen müßten einen Trumpf auspielen, um ihre Forderungen durchzusetzen, sonst würden sie sich blamieren. Kollege Engelbrecht mahnte zur Einigkeit, nur durch Geschlossenheit könne etwas erreicht werden; wilde Streiks seien unbedingt zu vermeiden. Im übrigen verteidigte er die Haltung des Gauvorstandes. Kollege Dreher trat für die Resolution Krahl ein. Man solle nicht eine Zerfleischung in die Kollegenschaft hineinragen, sondern die einigenden Momente in den Vordergrund drängen, um einen vollen Erfolg auf unsre Fahnen schreiben zu können. Als Anwalt der Teilnehmer der letzten Versammlung glaube Kollege Junge auftreten zu müssen; diese seien durch den „Korr.“-Artikel verächtlich gemacht worden. Er warte mit folgender Resolution auf: „Die am 17. April im Etablissement „Sanssouci“ tagende Buchdruckerversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die leichfertige, durch nichts begründete Beschimpfung der Leipziger Kollegenschaft und der von ihr ordnungsgemäß gewählten Lohnkommission durch die „Korr.“-Redaktion. Sie sieht in der Behandlung der Lohnkommission durch den „Korr.“ eine Vorarbeit für das ablehnende Verhalten des Leipziger Buchdruckerunternehmeriums. Der Leipziger Kollegenschaft ist ihre Lohnforderung kein Gaubium, so wenig wie sie von ihrer Redaktion annimmt, daß sie aus dem Gehilfenorgan ein Unternehmerwehblatt machen will. Die Lohnforderung und die Lohnkommission sind Produkte der schweren Existenzbedingungen der Gehilfenschaft. Ihre Verächtlichmachung ist daher eine schwere Schädigung des Ansehens der Gehilfenschaft und ihres Organs, gleichzeitig bedeutet sie eine Erchterung resp. Unmöglichkeit der Kommissionsarbeiten.“ Kollege Strich meinte, der „Korr.“ habe sich bemüht, durch Artikel und bestellte Arbeit Stimmung für die Tarifgemeinschaft zu machen. Er sprach von Drahtziehern, die den Prinzipalen das Rückgrat stehlen und die Kollegen verraten. Kollege Böcking trat für die Resolution Krahl ein und bedauerte das verzögerte Arbeiten der Kommission. Die in Frage kommenden Kollegen hätten die Wahl nicht annehmen sollen; sie seien zwar gute Redner, aber keine Führer; sie hätten die Massen nicht hinter sich. Im verständlichen Sinne sprach Kollege Schulze. Nicht das Trennende, sondern das Bindende solle man suchen. Es sei zwar tief zu bedauern, daß die in Betracht kommende Versammlung den tariflichen Boden verlassen habe; aber es hätte den Kollegen klar gemacht werden müssen, daß sie sich auf einen ungeselichen Boden stellen. Die Führer sollten zu vermitteln suchen und danach trachten, aus dem Dilemma herauszukommen. In längerer Rede polemisierte Kollege Hellebarth gegen Bruchardt. Dieser habe es verstanden, die letzte Versammlung zu beschleunigen; er benutze die Magenfrage, um das zu erreichen, was auf legalem Wege nicht möglich war: die Zertrümmerung der Tarifgemeinschaft. Er, Redner, habe gewarnt, den Weg zu beschreiten, den die Kollegen durch die Wahl der Kommission betreten haben; es habe jedoch in der in Betracht kommenden Versammlung an der nötigen Überlegung gefehlt. Die gesamte Arbeitererschaft werde ungenügend entloht, zu den schlechtesten Bezahlten seien die Leipziger Buchdrucker jedoch nicht zählen. Mit warmen Worten plädierte der Redner für die Einigkeit der Kollegen und bat die Resolution Krone abzulehnen. Inzwischen hatte Kollege Engelbrecht mit den Antragstellern verhandelt

und versucht, die Parteien einander näher zu bringen. Um zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen und die Kollegen sobald als möglich in den Genuß einer Lohnverbesserung kommen zu lassen, empfahl er die Annahme folgenden Antrags: „Da bereits für Monat Mai Sitzung des Tarifausschusses angelegt ist, zu welcher die Forderungen von neuen Steuerungsulagen, Feriengewährung usw. aufgestellt sind, beauftragt die Versammlung die Gehilfenvertreter, unerbittlich dem Tarifamte die Leipziger Forderungen zu unterbreiten. Die Versammlung erwartet bestimmt, daß es der Tarifamtsvermittlung gelingen wird, vorläufig bis zum Zustandekommen der Tarifabschlussübung für die Leipziger Gehilfenschaft ab Ostern 1919 eine den Verhältnissen entsprechende Steuerungsulage in die Wege zu leiten.“ Ein Schlubantrag bereitete der Diskussion ein Ende. In der Abstimmung wurde zunächst die Resolution Krone mit großer Mehrheit abgelehnt. Als erledigt betrachtete der Versammlungsleiter die Resolution Krahl, weil durch dieselbe die Kommission herangezogen werden soll, diese jedoch unter den gegebenen Verhältnissen es ablehnte, sich an etwaigen Verhandlungen zu beteiligen. Der Antrag Engelbrecht fand gegen einige Stimmen Annahme. Schließlich wurde die Resolution Junge gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Unliebsame persönliche Auseinandersetzungen von heftigem Charakter zwischen den Kollegen Bruchardt und Hellebarth, welche zweifellos zugunsten des letzteren ausfielen, bildeten den Schluß der Versammlung.

Münberg. (Bezirks-Maschinenmeisterverein. — Biereljahrbericht.) In der am 26. Februar abgehaltenen Versammlung wurden lediglich einige interne Angelegenheiten erörtert. Der hierfür angelegte technische Vortrag konnte der frühen Polizeistunde wegen nicht gehalten werden und mußte verschoben werden. Das Wesentlichste war, daß nunmehr wieder alles getan werden müsse, das Vereins- und Spartenleben nun wieder voll und ganz aufleben zu lassen. Es wurde beschloßen, in allen größeren Orten Bezirksversammlungen zur Festigung und Sebung abzuhalten. Die erste dieser Versammlungen fand am 16. März in Ansbach statt, wozu sich die dortigen Kollegen fast vollständig eingefunden hatten. Ein technischer Vortrag des Kollegen Scheffer fand vielseitige und allgemeine Anerkennung, erläuterte er doch in helles Ausführenden das vielseitige Thema: „Allgemeines im Buchdruck“. Hieran schloß sich eine sehr interessante Diskussion. Des weiteren erging sich der Vorsitzende Steinmetz in sehr lehrreichen Worten über das Thema: „Die neue Zeit“. Nach reger Diskussion wurde beiden Rednern der Dank der Versammlung zuteil. Zu erwähnen sind noch die allorts zum vorgenommenen Wahlen von Vertrauensmännern zur engeren und ständigen Führungsnahme der kleineren Ortsgruppen mit der Hauptvorstandschafft. Einige gemütliche Stunden schlossen sich der sehr einmütig verlaufenen Versammlung an. — Die am 27. März abgehaltene Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Rundschreiben der Zentralkommission, welches eine ausgiebige Debatte hervorrief. In dem Rundschreiben wurden bereits einige Anträge zum beabsichtigten deutschen Maschinenmeisterkongreß erwähnt. Des weiteren wurden unter Punkt „Technisches“ verschiedene Anträge behandelt und in der darauffolgenden Diskussion ergänzt und erörtert. Während der Besuch der beiden ersten Versammlungen als zufriedenstellend zu bezeichnen war, ließ der Besuch der letzten sehr zu wünschen übrig, was den Vorsitzenden veranlaßte, die Spartenmitgliedern an ihre Pflichten zu erinnern.

Osterode (Harz). Eine am 1. März einberufene Versammlung der hiesigen Gehilfenschaft von 12 Mitgliedern führte zur Gründung eines Ortsvereins. Dies ist um so mehr erfreulich, da Osterode noch nie Gelegenheit hatte, einen Ortsverein des Verbandes zu besitzen. Die Neuausgewählten konnten dem Verbandszugehört werden.

Schwabach. In der am 22. März abgehaltenen Versammlung führte Kollege Gerold als Einberufer und Kassierer den Vorfall und begrüßte die Kollegen, insbesondere die aus dem Felde Zurückgekehrten, herzlich. Das Andenken eines gefallenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Ein Kollege befindet sich noch in Gefangenschaft, zwei sind kriegsbeschädigt. In der Versammlung wurde allseitig der Wunsch geäußert, den Ortsverein wieder ins Leben zu rufen und die Versammlungen wie vor dem Kriege stattfinden zu lassen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Huber als Vorsitzender, Kollege Gerold (altemwährl) als Kassierer gewählt. Der Kasienbestand hat sich durch Wegfall der Kriegsunterstützung merklich erhöht.

Frier. In der Bezirksversammlung vom 16. März wurde zunächst beschloßen, den Frauen der noch in Gefangenschaft befindlichen Kollegen 10 Mk. auszusenden. Dann fand die Aufnahme von neun Kollegen statt. Die Firma Art & Co., bei der zwei von diesen Kollegen stehen, hat jetzt den Tarif anerkannt. Die Aufnahme eines Kollegen mußte zurückgestellt werden. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht über die letzte Steuerungsulage. Hier in Frier ist diese überall zur Durchführung gekommen, ebenso in den übrigen Orten des Bezirks, mit Ausnahme von Trarbach; in letzterem Orte hat bis jetzt nur die kleine Firma Cäsar die Steuerungsulage gezahlt, während die übrigen Prinzipale die Zahlung verweigern. Auch wird dort noch über acht Stunden täglich gearbeitet. Den Tarifinstanzen ist hierüber sofort Mitteilung gemacht worden. Da in einem hiesigen Geschäfte noch regelmäßig Überstunden gemacht werden, soll auf deren Abschaffung durch Einstellen weiterer Kollegen gedrungen werden. Sodann wurden die aus der letzten Versammlung noch rückständigen Wahlen zum Vorstand vollzogen. Auch in dieser Versammlung erkrankte uns die „Typographia“ durch den Vortrag zweier Lieder.